

# „Allgemeine Zeitung“

Mitteldeutsche Neueste Nachrichten für Mitteldeutschland Handels- und Wirtschafts-Zeitung

Die Allgemeine Zeitung für Mitteldeutschland erscheint ab dem 1. Januar 1924. Der Einzelpreis beträgt 10 Pfennige. Der Abonnementpreis für ein Jahr 120 Pfennige. Der Abonnementpreis für ein halbes Jahr 60 Pfennige. Der Abonnementpreis für ein Vierteljahr 30 Pfennige.

Halle, Mittwoch, den 9. April 1924.

Regelnummer 221. Die Allgemeine Zeitung für Mitteldeutschland ist eine der größten Zeitungen Deutschlands. Der Abonnementpreis für ein Jahr 120 Pfennige. Der Abonnementpreis für ein halbes Jahr 60 Pfennige. Der Abonnementpreis für ein Vierteljahr 30 Pfennige.

Verlags-Gesellschaft: Halle (Saale), Große Brauhausstraße 16/17 und Neue Promenade 1/1a. • Fernruf: Sammelnummer: 7481, Betriebs-Zentrale: Nummern 2704, 4600, 4646. • Druckungen: Henschelverlag.

## Deutschlands neue Lasten

### Anordnung und Inhalt nach dem „Matin“

Die schon gemeldet, wird die Reparationskommission morgen vormittag 10 Uhr die Berichte der beiden Sachverständigenkommissionen entgegennehmen. Der „Matin“ ist in der Lage, heute früh die wichtigsten Stellen aus dem Bericht der ersten Sachverständigenkommission und seine Schlussfolgerungen in der von den Sachverständigen gewählten Reihenfolge zu veröffentlichen. Der Bericht umfasst mehr als 60 Seiten im Formate des letzten Weltkrieges. Er besteht aus vier verschiedenen Teilen:

1. einem Begleitfaksimile, in dem General Dawes, der Präsident des Komitees, sich hauptsächlich an die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten wendet.

2. einer zusammenfassenden gedrängten Darstellung der Hauptgrundsätze, die für die Arbeiten des Komitees und die erzielten Schlussfolgerungen maßgebend waren.

3. dem Bericht selbst.

4. ungefähr 10 Änderungen von außerordentlicher Bedeutung, weil sie nicht nur die von den Sachverständigen benutzten Quellen angeben, sondern auch in erster Linie die wirtschaftlichen Wirkungen der Reparationsforderung und die internationalen Beziehungen im Hinblick auf die Reparationsforderung angeben.

Die Schlussfolgerungen der Sachverständigen sind in der nachstehenden Reihenfolge angeordnet:

1. Zur Ausföhrung des deutschen Ausfalls fordern die Sachverständigen von Deutschland die Durchführung einer kategorischen Reform auf fiskalischem Gebiet und sehen für den Fall, daß die erwartete Wirkung ausbleibt, daß Deutschland sich Verpflichtungen gegen eine finanzielle Verpflichtung aufsuchen können läßt.

die automatische Einrichtung einer strengen alliierten Kontrolle

die automatische Einrichtung einer strengen alliierten Kontrolle, die mit weitgehenden Vollmachten zur Beweispflichtung des deutschen Finanzwesens ausgestattet würde. Weiter zeigen die Sachverständigen an, daß ein beträchtlicher Teil der Einnahmen des deutschen Staatshaushalts (Zolleinnahmen und Ertrag gewisser Reichsanstalten) von dem letzten deutschen Reichstag bereits dem an der empfindlichen Weltmarktankunft erkrankten Staat der Reparationskasse zugeföhrt worden. Die Reparationskommission weist über die einzelnen Beiträge nach Maßgabe der jeweils festgelegten Zahlungenverfahren und das dann verbleibende Saldo an das deutsche Schatzamt zurück.

2. Hinsichtlich der erhaltenden Geldnoten hat der Bericht der „Matin“ die in der Presse bereits geäußerten Meinungen, die den Bankrott durch ein Kapital von 400 Millionen Goldmark begründet. Dieses Kapital zerfällt in vier Millionen Aktien, in Gold oder ausländischen Devisen zahlbar, 1 Million wird der Reichsbank gegen Übergabe ihrer Aktien einlöslich, der Rest in Aktien der Reichsbank, die die übrigen drei Millionen werden den internationalen Anleihegebern zur Verfügung gestellt, die selbstverständlich im Aufsichtsrat der neuen Bank sich vertreten lassen. Die Deckung der herausgegebenen Scheine muß mindestens dem dritten Teil des Wertes der im Umlauf befindlichen Banknoten entsprechen.

3. Was die Ruhr anbelangt, so stehen die Sachverständigen fest, daß die wirtschaftliche Wiederherstellung Deutschlands nur unter einer unerlässlichen Voraussetzung bewerkstelligt werden könne: Die wirtschaftliche Einheit des Reiches muß in vollem Umfang wieder hergestellt werden. Die Sachverständigen übergeben die militärische Occupation der Ruhr mit Rücksicht. Sie betonen aber, daß Deutschland bei freier Verfügung über die Ruhr die Ballastgüter, die Reichsforsten und Eisenbahnen, welche letztere in regionale Direktionen eingeteilt würden, zurückhalten müsse. Die Direktionen im Ruhr- und Rheingebiete werden von einem alliierten Vertreter beauftragt, unter Sicherung des normalen Verkehrs d. h. unter Sicherung der französischen Verkehrsgruppen).

4. Jahresleistungen. Um eine rasche Wiederherstellung der deutschen Finanzen zu ermöglichen, schlagen die Sachverständigen ein in jedem Jahre erlangter werdende Verzicht auf die deutschen Zahlungen vor.

Von einem Ministerium wurde, wie der „Matin“ ausdrücklich hervorhebt, aber nicht die Rede ist, ein deutsches Amt während des ersten Jahres vermöge einer internationalen Anleihe von 800 Millionen und einer Verleihen von 200 Millionen eine Milliarde geben, während des zweiten und dritten Jahres 1200 Millionen und während des vierten Jahres 1750 Millionen. Von dem fünften Jahre ab sei Deutschland aus Aufstellung der Sachverständigen in der Lage, jährlich 2400 Millionen zu verdienen. Dieser Betrag werde aus den verschiedenen Staatseinkünften gewonnen. Zum 4. Jahre ab wird die Reparationskommission von Deutschland zu jährlichen Zahlungen verpflichtet, deren Betrag je nach der Indifferenz der deutschen Volkswirtschaft festgesetzt werden wird. Nach dieser Indifferenz, die vom Komitee sorgfältig ausge-

arbeitet ist, können die zusätzlichen Jahresleistungen, die von Deutschland außer den 2400 Millionen gefordert werden, allmählich mehrere 100 Millionen Goldmark betragen. Die 2400 Millionen setzen sich aus folgenden Einnahmequellen zusammen: Einnahmen des Staatshaushalts 1500 Millionen, davon 200 Millionen aus der Zinsausbeute, Einnahmeverbindlichkeiten 600 Millionen, Einflüsse aus den Finanzdienstleistungen auf den industriellen Sektor 300 Millionen.

5. Die Reichseisenbahnen werden für die Dauer von 50 Jahren einer, mit einem Aktienkapital von 25 Milliarden Goldmark gegründeten Gesellschaft abgetreten. Der Gesellschaft im Werte von 2 Milliarden Aktien für die Eisenbahnen der deutschen Regierung und drei Viertel zugunsten der Gesellschaft übertragen werden. 13 Milliarden gewöhnliche Aktien, die je nach den Einkünften der Gesellschaft nicht ein und dieselben Zinsen tragen, werden der deutschen Regierung übergeben. 12 Milliarden Vorzugsaktien zu 5 Prozent (die Zinsen betragen 6 Prozent), die Amortisierung 3 Prozent, diese wird nach 37 Jahren vom vierten Jahre ab geteilt, geföhrt) erhält die Reparationskommission. Diese 11 Milliarden Vorzugsaktien werden nach dem vierten Jahre jährlich 600 Millionen einbringen. Die Reparationskommission kann ihren Anteil auf dem internationalen Finanzmarkt veräußern und auf diese Weise reich 10 Milliarden Goldmark zusammenbekommen.

Um die Ausführung einer solchen Operation zu erleichtern, haben die Sachverständigen

schreibende Garantien

zusammengestellt. Garantien, die den internationalen Anleihegebern alle erforderlichen Sicherheiten in die Hand geben sollen. Ein einzelnes Beispiel ist folgendes: Ein alliiertes Reichsbankdarlehen für die Reparationskommission, die die Einnahmen der Reichseisenbahnen für die nächsten 50 Jahre zu garantieren. Für den Fall, daß eine fehlerhafte Verwaltung die Einnahmen der Gesellschaft während eines Jahres in Gefahr brächte, so würde dieser Reichsbankdarlehen dem Amt des Generaldirektors übergeben und mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet werden. Außerdem würde er das Recht, die Eisenbahnen zu befehlen. 2. Die Beiträge zur Sicherung des Finanzwesens der Reparationskommission von den Privatbanknoten der Gesellschaft und nicht von den Reingehören abgeben. Wenn irgend eines Tages die Zahlung der Reparationskommission durch die Reichsbank nicht ausreicht, um den Zinsdienst der Aktien zu decken, so würde die Reparationskommission das entsprechende Defizit unter Zustimmung der alliierten Staaten, die je jährlich an das deutsche Schatzamt zurückgeföhrt hat, zu decken brauchen. Auf diese Weise würde das Reichsbankdarlehen der einzig sichere und moralische gegenüber den Aktienhabern der Reichsbankgesellschaft sein.

6. Industrielle Finanzdienstleistungen. Der Sachverständigenplan sieht die Ausgabe von 5 Milliarden Mark Aktien aus dem industriellen Sektor vor. Diese Aktien werden der Reparationskommission übergeben. Während 40 Jahre erfordern sie einen jährlichen Zinsdienst von 200 Millionen Goldmark (Zinsen zu 5 Prozent, Amortisierung 3 Prozent). In der Einleitung der Abhebung der Zinsen einer jeden Finanzdienstleistung wird ein besonderes „Trustee“ beauftragt. Jeder von den Finanzdienstleistungen herangezogene Betrag muß die Zinsen entrichten, da er die vollständige Übernahme seiner Verantwortung für die Bezahlung der Zinsen übernimmt.

7. Die Reparationskommission übergeben die Bezahlung der Zinsen für die nächsten 50 Jahre. Die Reparationskommission ist mit dem in der Lage, die fünf Milliarden Goldmark-Aktien aus dem internationalen Markt unterzubringen und sie baldig gegen fünf Milliarden Goldmark einzulösen. Die verschiedenen Einnahmequellen, aus denen sich eine Jahresleistung von mindestens 2500 Goldmark ergibt, werden der Reparationskommission übergeben, bringen miteinander zusammen. Falls ein Defizit bei den Einnahmen oder bei den Finanzdienstleistungen eintritt, so würde es mittels einer außerordentlichen Anleiheaufnahme der Staatseinnahmen des Reiches gedeckt werden.

8. Die Reparationskommission übergeben die Bezahlung der Zinsen für die nächsten 50 Jahre. Die Reparationskommission ist mit dem in der Lage, die fünf Milliarden Goldmark-Aktien aus dem internationalen Markt unterzubringen und sie baldig gegen fünf Milliarden Goldmark einzulösen. Die verschiedenen Einnahmequellen, aus denen sich eine Jahresleistung von mindestens 2500 Goldmark ergibt, werden der Reparationskommission übergeben, bringen miteinander zusammen. Falls ein Defizit bei den Einnahmen oder bei den Finanzdienstleistungen eintritt, so würde es mittels einer außerordentlichen Anleiheaufnahme der Staatseinnahmen des Reiches gedeckt werden.

### Von alten Freunden

Axel Frhrn. von Freytag-Loringhoven.

Es ist merkwürdig, wie oft diese lebende Axt der Wahlkampf ausstrahlt. Das heraufzukehen fordert die Gerechtigkeit um so mehr, als es sich in Deutschland zum ersten Mal gehört, die Notwendigkeit des Wahlkampfes (nicht zu befassen und so zu tun, als wäre nur er an all dem Unfrieden schuld, der sich in unserem öffentlichen Leben breit macht und als lebten wir außerhalb der Wahlen lieblich beiläufig die Kammeln auf der Weide. Darum muß man dem Wahlkampf wenigstens das Gute lassen, das er wirklich hat.

In der Tat die lebende Axtung des Wahlkampfes kann niemand verkennen. Die allseitigen Befanden, die man längst verlorben und seit in die braune Erde eingegraben glaubte, tauchen von neuem auf. Vergnügt und ibringebändig tun sie, als wären sie niemals abgewirgt worden. Neben Tag stellen sie sich wieder in Reih und Glied auf, gleichen im Vorwärtlich vorüber und werfen die Weichen im Entscheidung in die Luft, als wäre auch der letzte Militarismus noch am Leben. Bloß ihre Gemäuer sind etwas erschrocken und offenkundig. Doch ihre Diktatur ist vorerst nicht. Sie gliedern sich in einen rechten und einen linken Flügel. Und oft ist geraten sie durcheinander.

Freilich unterscheiden sich die beiden Flügel auf das schärfste. Was auf dem linken steht, ist überlebensgroß und trägt eine tragische Maske. Da finden wir Imperialismus und Militarismus, finden wir den bayerische Republikanismus, finden wir den Reichsbankdarlehen der Großkapitalisten und das hungernde Volk marschieren hier mit. Aber trotz Trost und Überlebensgröße tragen diese alten Bekannten etwas Selbsterlebensgroß an sich. Man hört ordentlich ihre Knochen klappern, unter dem ersten Siebe, der nach ihnen geföhrt wird, brechen sie hilflos zusammen. Und im Grunde glaubt niemand recht an sie.

Denn ist es aber der rechte Flügel. Er ist unbegreiflich viel größer als der linke, und auch sehr viel näher. Freilich stellt ihm auch das Tragische nach. Aber diesmal nicht gerade das um so lebenskräftiger.

In vorberster Reihe marschieren Herr von Nidekmann, jener führende Deutschnationale, der auf dem Schilber Parteitage den Ausdruck hat, daß die Partei sich keinesfalls völlig einleiten dürfe, da sie sich sonst von der jüdischen Industrie kein Geld mehr bekommen würde und der dadurch den Ausschluss der Herren von Grefe, Wulle und Gerning erlangt.

Es ist längst festgestellt, daß Herr von Nidekmann niemals aus den führenden Deutschnationalen gehört hat, daß er als stellvertretender Delegierter einer kleinen Ortsgruppe am Parteitag teilnahm und jenen Ausdruck in irgendeiner bedeutungslosen Vorberpredigt tat und daß der Vorsitzende seines Landesverbandes, Graf Reichard, ihm sofort sehr entschieden entgegentrat. Es sieht weiter für jenen mit den Vorgängen Vertrauten fast, daß die drei freizeitsparteiliche niemals aus der Dr. W. ausgesprochen worden sind, daß vielmehr nur Gerning aus der Partei — nicht aus der Partei — ausgeschlossen wurde und zwar infolge von Vorberkommis, die mit der württembergischen Bewegung gar nichts zu tun hatten, daß die beiden anderen Herren, als sie eine Wiederannahme nicht durchsetzen konnten, freiwillig aus der Fraktion ausschieden und gemeinsam mit ihm die bürgerliche Gruppe der Deutschnationalen Partei im Reichstage bildeten, also gleichfalls in der Partei verblieben und erst im Dezember 1922 — und zwar wiederum freiwillig — aus ihr ausschieden, nachdem sie die freizeitsparteiliche begründet hatten.

Aber trotz alledem wird Herr v. Nidekmann mitunter folgen furchtbaren Ausdruck und dessen weittragenden Folgen wieder zu neuem Leben erweckt.

Neben Herrn von Nidekmann marschieren der Parteibestehende Schwilbänder und der Sozialist Dr. Alexander. Beide gehören dem Vorstande der Partei in Breslau an und sind deshalb die württembergischen Parteiführer. Das beweist endgültig die württembergische Parteiführung der Partei.

Der Reichskämmerer hat tatsächlich dem ersten im Dezember 1918 geschriebenen Vorstande des Stahlvereins Dresden angedröhrt. Im Frühjahr 1919, nachdem die Partei zur Parteitag Stellung genommen hatte, ist er freiwillig ausgeschieden. Herr Dr. Alexander trat der Partei bei ihrer Begründung als gewöhnlicher Mitglied bei und blieb gleichfalls im Frühjahr 1919 wieder aus. Sie als Anlehn an Gerning, schickte es schon vor ihrem Austritt an jedem Tag. Und wenn sie nun, fünf Jahre später, wieder auf-

erleben müssen, liegt das eben nur an der belebenden Kraft des Wahlkampfes.

Im Übrigen sollte auch die Freiheitspartei nicht allzu streng richten, wenn es sich um die erste Schritte einer neuen Organisation handelt. Das sie doch selbst ihr erstes Konto bei einer unbefristeten jüdischen Bank angelegt.

Aufzählung feiert und der alte so ungemein beliebte Wortlaut, daß die Deutschnationale Partei eine Exzellenzpartei ist. In ihrer Spitze stehen die drei Exzellenzen Herrgott, Seltsamer, Waltraud. Nun, im Grunde ist das ja nicht so.

Sagt ihr unsere Exzellenzen, hatten ihr eure Exzellenzen. Aber die Exzellenzen der Deutschnationalen sollen sich ja spät und erst unter dem Druck der Freiheitspartei zum völligen Erkennen bekennen haben.

Doch alles das tut nichts. Der politische Frühling des Wahlkampfes läßt alle die lieben alten Bekannten sich aus den Gräbern, in denen sie mit Rußland verhaftet waren, wieder erheben.

Hier Wochen lang werden sie noch leben. Dann sinken sie wieder in Grab. Ob man wohl hoffen darf, daß sie dann endgültig beigelegt werden und daß gemeinsame politische Arbeit aller national und völkisch Gesinnten einen lohnenden Stein auf dieses Grottoe bilden wird.

### Die deutsche Antwort vor der Botshafterkonferenz

Weder die Beratung der Botshafterkonferenz wurde am Samstag in den Räumlichkeiten des Communicaus ausgefallen, das folgende Wortlaut hat:

Die Auffassung der französischen Regierung über die Lage der deutschen Nation auf die Karte der Weltkarte vor der Botshafterkonferenz zu ziehen, wurde den verschiedenen Regierungen durch den Vertreter Frankreichs mitgeteilt.

Der „Matin“ teilt mit, daß Polaczek die Verhandlung über diese Angelegenheit vielfach anderen Ministern übertragen wurde, wenn er selbst wegen der Vorbereitungen auf die Wahlen die Zeit nicht habe, nach London zu fahren.

### Macdonalds erste Niederlage

Nach der Aussprache über den Wiederausgleichentwurf im Unterhaus erwidert die Regierung die Abstimmung eine Niederlage. Es handelte sich um die zweite Sitzung der Regierungsbotschaft über die Regelung der Beziehungen zwischen Hausbesitzern und arbeitslosen Mietern.

# Vor dem Eisenbahnerstreik?

## Letzte Beratungen zur Verhinderung

Berlin, 8. April. (Eigener Drahtbericht.)

Die Gewerkschaftsvertreter der Eisenbahnen haben sich heute vormittag um 10 Uhr im Reichsverkehrsministerium zu einer Besprechung eingefunden. Nach der bisherigen Haltung des Reichsverkehrsministers Debes wird angenommen werden, daß man in den gegenwärtig noch andauernden Verhandlungen zu einer Einigung über die Differenzen von kaum 2 Pfennig kommt, einmal aus den Verhandlungen, das für die neuere Kreisverträge ein Aufschlag gelehrt wird, keine Heberhöhung für die Regierung bedeutet.

### General Smuts zurückgetreten

Bombay, 8. April. (Eigener Drahtbericht.)

Bei einer Wahl zum indischen Parlament erhielt der Ministerpräsident, General Smuts, eine Niederlage, indem der Kandidat der indischen Partei, Abdurrahman, von dem Kandidaten der Nationalisten, Khan, geschlagen wurde.

### Heute Micumverhandlungen in Düsseldorf

Berlin, 8. April. (Eigener Drahtbericht.)

Das Brüssel wird gemeldet, daß der „Deniers deure“ zufolge heute in Düsseldorf eine Zusammenkunft zwischen Ruhrindustriellen und Vertretern der Micum wegen der Forderung der Ruhrindustriellen um die Einräumung der Industriezone erfolgt.

### Die Ruhrindustriellen zum Micum-Vertrage

Die „Information“ teilt mit, daß ein Kölner Vertreter, der mit der Rheinlandkommission in Verbindung steht, die Erklärung abgegeben hat, daß die Ruhrindustriellen keinen Wunsch haben, die Micumverträge zu einer Einigung kommen zu lassen.

### Eine dritte Saager Konferenz?

Washington, 8. April. General Wedder hat im Senat eine Entschließung eingebracht, in der die Einberufung einer dritten Saager Konferenz nach dem Vorbild der Saager Konferenz vorgeschlagen wird.

### Widerlegung der „Wahlvorschriften“ Degouties

Aus Düsseldorf wird gemeldet, daß der kommandierende General der Rheinarmee nochmals die Bestimmungen für den Wahlkampf im Ruhrgebiet erinnert. Danach ist die Frist zur Einholung der Erlaubnis von Versammlungen von drei Tagen auf 24 Stunden herabgesetzt.

### Ereidigung der Auslandsziffer

Das Sperrgesetz für die Auslandsziffern wird, wie wir bereits, nach einer Entscheidung des Reichsanwalts, das dem Reichsanwalt anzuweisen, sogenannte gebräuchliche Auslandsziffernbestimmungen für alle Fälle Reichsweite auszugeben, bei denen die Ziffern im Ausland es sich um Besondere handelt.

## Die Forderungen des Deutschen Eisenbahner-Verbandes

Berlin, 8. April. Die Tagungen des freigeiwirtschaftlichen Deutschen Eisenbahnerverbandes und der Christlichen Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner, die am Montag nachmittag in Berlin zu Ende gegangen.

Die gemeinsamen Beschlüsse der Beschlüsse der beiden Verbände sind folgende: Die gemeinsame Sitzung des Verbands und Vorstandes des Deutschen Eisenbahnerverbandes vom 7. April 1924 lehnt das Angebot des Reichsverkehrsministeriums ab.

### Eisenbahnerstreik in Länderscheldt

Die Arbeiter der hiesigen Eisenbahn-Güterabfertigung sind gestern in den Streik getreten. Die Annahme von Gütern ist bis auf weiteres gesperrt.

### Das gesamte Wahlergebnis aus dem rechts-rheinischen Bayern

- Heute vormittag 11 Uhr lag aus dem rechts-rheinischen Bayern das gesamte Wahlergebnis vor. Es ergibt sich: Bayerische Volkspartei: 919 587, Katholischer Block: 491 862, Sozialdemokraten: 433 821, Kommunisten: 202 277, Freiwirtschaftliche Bewegung: 197 509, Deutscher Block: 73 819, Christlich-sozialer Block: 29 292, Nationalliberalen: 29 416, Deutsche Volkspartei: 5335, Bauerngruppe (Christlich): 19 488, Bauernpartei (Katholisch): 4504, Bayerische Bauern- und Mittelstandsblock: 207 422, Bayerische Mittelstandsblock: 6823, U. S. D.: 2399, Arbeiter: 300, Republikanische Partei: 285, Sozialistische Arbeiter: 7837, Bauern- und Gewerkschaftliche Interessen: 11 022, Volksrechtlich: 1224 017 mit 94, 1263 892 mit 94. Vier ist das Resultat jedoch nicht vollständig. Es fehlen noch einige Bezirke, die am Ergebnis nicht wesentlich ändern werden.

### Paris und die bayerischen Wahlen

Das Ergebnis der bayerischen Wahlen hat in Paris eine gewisse Ueberraschung hervorgerufen, und zwar weniger wegen der Niederlage der Deutschen Volkspartei, als in erster Linie durch die Stärkung der Kommunisten.

### Kommunistisch-deutschnölkische Koalition

In einer Versammlung der Ortsgruppe Duisburg des Volkssozialen Blokes hat der kommunistische Landesbeauftragte Rube als Delegationsredner den gemeinsamen Kampf der deutschsozialistischen und kommunistischen Parteien in der Sozialdemokratie proklamiert. Er rebete die Versammlung mit den liebenswürdigen Worten an: „Meine lieben Freunde der deutschsozialistischen Bewegung! Wenn er auch mit den Zielen ihres Kampfes nicht einverstanden sei, in der Anwendung der Mittel wolle er ein gutes Gesicht zeigen.“

### Die Arbeit der Volksfront

Das Organ der Nationalsozialisten, die „Großdeutsche Zeitung“, schreibt, daß mit dem völkischen Wohlbefinden die Arbeit nicht aufhöre, sondern erst beginne. Die Reichstagswahlen würden die völkische Bewegung noch besser gewappnet finden.

### Mittritt des Thüringischen Finanzministers

Der thüringische Finanzminister Dr. Seisig ist zurückgetreten. Der Mittritt ist eine Folge von Schwierigkeiten, die sich in der Angelegenheit des Staatsbankrottens und dem völkischen Block und dem Landbank ergeben.

### Die Anerkennung des „Nationalliberalen Vereinigung“

Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei hielt gestern eine Sitzung ab, in der ursprünglich auch die Stellungnahme des Vorstandes zur Forderung der Nationalliberalen Vereinigung auf Anerkennung ihrer Organisation innerhalb der Partei besprochen werden sollte.